

Seite: 531  
 Ressort: Politik

Kurztitel: KNA210528-89-00116#8  
 Mediengattung: Nachrichtenagentur

## «Aktion für das Leben» kritisiert Forderung der Stadt München

München (KNA) Der Verein «Aktion für das Leben» hat die Forderung der Stadt München an den Freistaat zurückgewiesen, Hürden bei der Beratung und Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen abzubauen. Diese zeuge von «unglaublicher Ignoranz», heißt es in einer am Freitag in München veröffentlichten Stellungnahme des Vereins. Die aktuelle Rechtslage sei der Kompromiss jahrelanger intensiver parlamentarischer und öffentlicher Debatten. Wer meine, das durch die bestehenden Gesetze und Urteile erreichte Beratungsangebot unterminieren zu müssen, gefährde nicht nur den Rechtsfrieden, sondern erweise den Betroffenen einen schlechten Dienst.

Anlässlich des internationalen Aktionstags für Frauengesundheit (28. Mai) hatte Münchens Bürgermeisterin Verena Dietl (SPD) verlangt, die «Schikannen» abzuschaffen, die Frauen einen Schwangerschaftsabbruch erschwerten.

Es sei Aufgabe des Staates, Frauen in einer so schwierigen Situation zu unterstützen. Stattdessen baue der Freistaat fachlich nicht zu rechtfertigende Hürden auf, «die das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung faktisch unterminieren».

Die Gesundheitsreferentin der Stadt, Beatrix Zurek, sagte, der Freistaat erschwere es Frauen, unter anderem an Adressen von Praxen zu kommen, die Abbrüche durchführten. Eine vollständige Adressliste gebe es nur in der städtischen Beratungsstelle. Die anderen acht staatlich anerkannten Beratungsstellen in München könnten nur eine geringe Auswahl anbieten. Zudem sei es der städtischen Beratungsstelle untersagt, telefonisch darüber Auskunft zu erteilen.

Die «Aktion für das Leben» verwies auf die «versierte» Arbeit in den Beratungsstellen. Dort werde den Frauen die Verantwortung für das werdende Leben auf-

gezeigt und ihnen eine Reihe an Hilfsangeboten vermittelt. Sollten sich Frauen dennoch für eine Abtreibung entscheiden, würden diese nicht allein gelassen. Kommunalpolitisch Verantwortliche sollten sich nicht über einen möglichst ungehinderten Zugang zur Abtreibung Gedanken machen, sondern darüber, was Frauen zu einem solchen Schritt veranlasse. Der Verein forderte mehr finanzielle Unterstützung bei Erstaussstattungen von Schwangeren und mehr Wohnraum für junge Familien.

Die «Aktion für das Leben» ist ein gemeinnütziger Verein, der eigenen Angaben zufolge überkonfessionell und überparteilich arbeitet. 1973 wurde er mit dem Ziel gegründet, das ungeborene Kind zu schützen. Mitbegründer waren der Diözesanrat der Katholiken der Erzdiözese München und Freising sowie das Landeskomitee der Katholiken in Bayern.

Wörter: 326  
 Ort: München